



Mitteilungsvorlage	Vorlage-Nr: VO/17/078
	Status: öffentlich
	Datum: 05.04.2017
Federführend:	Bericht im Ausschuss: Inga Ries
Büro des Bürgermeisters	Bericht im Rat: Bearbeiter: Inga Ries
Bericht der Verwaltung	
- öffentlicher Teil -	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
24.04.2017	Hauptausschuss

- Am 24.04.2017 findet eine Umsatzsteuer-Sonderprüfung durch das Finanzamt Itzehoe im Rathaus statt.
- Die Allris-Update-Veranstaltung für die Kommunalpolitik wurde wegen der anschließenden Sitzung des Finanzausschusses verschoben. Neuer Termin ist wahrscheinlich der 31. Mai 2016. Er ist noch nicht bestätigt worden.

gez.
Roland Krügel
Bürgermeister

Anlage:

- Beschlussumsetzungstabelle, öffentlicher Teil, April 2017

Schlagwort	Beschluss zum Tagesordnungspunkt/Thema	beraten am	Beteiligung anderer Gremien	Stand des Verfahrens/Beschlussumsetzung
AZV ö-r Vertragung Übertragung Aufgabe Abwasserbeseitigung	Beschlussempfehlung an die RV, die Aufgabe der Abwasserentsorgung auf den AZV zu übertragen (optional)	16.06.2014 TOP 8	Rat 01.07.2014, TOP 8	Die Stadt Tornesch hat den AZV darüber unterrichtet, dass die Stadt Tornesch den Beschluss gefasst hat. Dies ist aber noch nicht in allen Ämtern, Gemeinden und Städten der Fall. Kein neuer Sachstand, es haben noch nicht alle Kommunen zugestimmt. Hier gibt es demnächst einen Verhandlungstermin. Dieser Verhandlungstermin hat ergeben, dass es noch Satzungsanpassungen bedarf. Diese auszuformulieren, wird noch etwas dauern. Kein neuer Sachstand. Der Verband reorganisiert sich gerade, so dass auch das Problem mit der Übertragung der Abwasserbeseitigung gelöst werden kann. Der Prozess wird voraussichtlich bis zum Jahresende 2017 andauern. Kein neuer Sachstand
Bürgerservice-Portal „Zukunftsorientiertes Rathaus“	Beschluss, einen verantwortlichen Mitarbeiter der Stadt Norderstedt zum Thema Bürgerservice-Portal in eine Sitzung des Hauptausschusses einzuladen.	10.10.2016 TOP 11		Die Umsetzung des Beschlusses ist für Anfang 2017 geplant. Herr Weißenfels, Leiter Digitale Dienste der Stadt Norderstedt wird zu uns kommen. Terminabsprache läuft. Herr Weißenfels wird am 13.03.2017 in den Hauptausschuss kommen. Herr Weißenfels war da. Ein Bürgerservice-Modul wird den Kommunen inzwischen kostenfrei von der KomFIT (Kommunales Forum IT, Träger sind die kommunalen Landesverbände) angeboten. Inzwischen liegt auch ein Angebot für ein solches Modul für unser eingesetztes CMS vor. Die Entscheidung, welches wir implementieren erfolgt im Mai nach Absprache auf Kreisebene. Die Anforderung von Briefwahlunterlagen online steht inzwischen auf www.tornesch.de bereit.
Feuerwehr Zustimmung zu den Wahlen von Wehrführungen	Beschlussempfehlung an die RV über die Zustimmung von Wahlen der Mitgliederversammlungen der Feuerwehren	13.03.2017 TOP 10	RV 21.03.2017	Nach Zustimmung der Ratsversammlung wurde gleich anschließend die Ernennung und Vereidigung von Herrn Rohwedder, Herrn Mölln und Herrn Brandt vorgenommen. Die Ernennung und Vereidigung von Herr Jurkat erfolgt im Herbst 2017.
Feuerwehr Zustimmung zu den Einnahme- und Ausgabeplanungen 2017	Beschlussempfehlung an die RV zur Zustimmung für die Einnahme- und Ausgabeplanungen 2017 der Kameradschaftskassen der Jugendfeuerwehr und den Ortswehren Ahrenlohe und Esingen.	13.03.2017 TOP 11	RV 21.03.2017	Die Ratsversammlungen hat den Einnahmen- und Ausgabenplanungen zugestimmt. Die vorläufige Haushaltsführung der Kameradschaftskassen ist damit beendet.
Rathaus Sanierung	„Der Hauptausschuss fordert die Verwaltung auf, sowohl die Kosten für eine Rathaussanierung als auch die Kosten für den Neubau eines Rathauses im Ortszentrum (alter Penny-Markt) an Hand von Vergleichsmodellen zu ermitteln. Die gesperrten Haushaltsmittel in Höhe von 30T€ werden freigegeben.“	11.05.2015 TOP 9 07.03.2016 TOP 8 13.06.2016 TOP 7.1 14.11.2016 TOP 7 und 8	Einwohnerversammlung 21.09.2016	Die Stadtverwaltung wird über den Gemeindegtag bzw. über den Städtetag nachfragen, welche Rahausbauten in der jüngsten Vergangenheit in Schleswig-Holstein entstanden sind und sich dann mit den Kommunen in Verbindung setzen. Das GLM wird nach den Vorgaben des Hauptausschusses (Dringlichkeiten, Prioritäten) das Konzept für eine Sanierung aufstellen. Die Anfrage nach vergleichbaren Verwaltungsneubauten wurde auf Niedersachsen ausgeweitet, aber auch hier liegt keine Antwort vor, so dass bisher nur das Amt Bordesholm als Vergleich herangezogen werden könnte. Der Auftrag zur Untersuchung des Sanierungsumfanges wurde in der 26. KW an das Büro Knaack und Prell aus Hamburg erteilt. In den benachbarten Bundesländern konnten keine vergleichbaren Verwaltungsneubauten gefunden werden, sondern erst in den Bundesländern Hessen, Saarland und Bayern, so dass nur das Rathaus Bordesholm als Vergleich herangezogen werden kann. Das Sanierungskonzept des Büros Knaack und Prell soll im Herbst 2015 vorgelegt werden. Bis dahin setzt sich die Verwaltung noch mit den Verantwortlichen für den Rathausneubau in Bordesholm zusammen. Kein neuer Sachstand. Es hat zwischenzeitlich einen Termin mit den PSP-Architekten gegeben. Sie werden uns kurzfristig Planskizzen für einen Rathausneubau mit einer groben Kostenschätzung liefern. Diese kann dann den Sanierungskosten gegenüber gestellt werden. Auch diese Zahlen sind baldig zu erwarten. Mit PSP gibt es am 01.12.2015 noch einen Abstimmungstermin. Das Sanierungskonzept liegt noch nicht vor, da es hier noch ein Abstimmungsbedarf zwischen dem Büro Knaack und Prell und dem Brandschutzbüro gibt. Daher kann der TOP erst im nächsten

Schlagwort	Beschluss zum Tagesordnungspunkt/Thema	beraten am	Beteiligung anderer Gremien	Stand des Verfahrens/Beschlussumsetzung
------------	--	------------	-----------------------------	---

				<p>HA beraten werden. Die Vorlage wird am 07.03.2016 beraten. Der Hauptausschuss hat in seiner Sitzung am 07.03.2016 über die Vorlage VO/15/259 beraten und die Beschlussfassung vertagt. Die Verwaltung trägt zurzeit die vom Hauptausschuss gewünschten Angagen zusammen. Die Beratung hierüber erfolgt am 09.05.2016. Der Hauptausschuss möchte das Thema in einer Einwohnerversammlung vorstellen und sich in seiner Sitzung am 13.06.2016 über einen Termin vereinbaren. Zudem soll das Thema in die Arbeitsgruppe zur Innenstadtentwicklung integriert werden. Die Einwohnerversammlung findet am 21. September 2016 statt. Die CDU-Anträge auf Einrichtung eines Bürgerbüros und eines Bürgerservice-Portals wurden zurück gestellt. Die Einwohnerversammlung hat am 21.09.2016 stattgefunden. Insofern wird die Beratung über das Thema im Hauptausschuss fortgesetzt werden. In der Sitzung des Hauptausschusses werden jeweils ein Antrag der CDU- und der SPD-Fraktion zur Diskussion gestellt. Gemäß Mehrheitsbeschluss vom 14.11.2016 soll das jetzige Verwaltungsgebäude minimalistisch saniert werden. Nunmehr ist mit dem Hauptausschuss noch der Projektplan abzustimmen. Der Projektplan soll am 13.02.2017 beraten werden. Die Beschlussfassung wurde vertagt. Die Vorlage wird hinsichtlich den finanziellen Auswirkungen und der Planung überarbeitet. Da der zuständige Mitarbeiter am 13.03.2017 nicht zur Verfügung steht, wird das Thema in der Sitzung des HA am 24.04.2017 erneut beraten werden. Der Fachdienst Finanzen hat die Finanzierung der Sanierungsmaßnahmen mit der bestehenden Mieter und mit einer Neuberechnung der Miete abgeglichen. Leider ist ein Mitarbeiter aus dem FD Hoch- und Tiefbau doch länger ausgefallen, so dass erst am 07.04.2017 der Antrag bei der I-Bank gestellt werden konnte. Nach der Bescheidung durch die I-Bank kann zweifelsfrei ausgesagt werden, ob alle Maßnahmen investiv sind. Danach kann die weitere Beratung im HA erfolgen.</p>
Veröffentlichung von Bezügen der Mitglieder der Geschäftsführungen und Aufsichtsratsgremien öffentlicher Unternehmen	Weisungsbeschluss an die kommunalen Gesellschafter der Stadtwerke Tornesch GmbH und der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH die Gesellschafterverträge dahingehend zu ändern, dass die Bezüge offen gelegt werden.	14.09.2015 TOP 9	Gesellschafterversammlungen SWT und SWT-Netz	Noch keine Umsetzung. Der Beschluss wurde den Geschäftsführern der Stadtwerke Tornesch GmbH und der Stadtwerke Tornesch-Netz GmbH am 19.10.2015 schriftlich mitgeteilt, mit der Bitte, diesen an die kommunalen Gesellschafter weiterzuleiten und über die Umsetzung Bericht zu erstatten. Das Thema wird in der nächsten AR-Sitzung des SWT im Juni 2016 vorberaten werden. Das Thema stand auf der Tagesordnung der Aufsichtsrates der SWT GmbH am 28.06.2016. Die notwendige Änderung des Gesellschaftsvertrages wurde jedoch nicht beraten, da zu diesem Zeitpunkt der neue Mustergesellschaftsvertrag aus der Reformierung des Gemeindefirtschaftsrechts vorlag. In diesem Mustervertrag ist die Offenlegung bereits verankert. Kein neuer Sachstand.
Wahlen Bürgermeisterwahl	Wahl der Mitglieder des Gemeindefwahlausschusses für die Bürgermeisterwahl	13.02.2017 TOP 8		Zurzeit gibt es noch keinen Sitzungstermin für die erste Sitzung des Wahlausschusses. Der Wahlausschuss soll sich am 03. Mai 2017 um 18 Uhr konstituieren.
Wahlen Gemeindefwahl	Wahl der Mitglieder des Gemeindefwahlausschusses für die Gemeindefwahl am 06.05.2018	13.03.2017 TOP 9		Der Wahlausschuss soll sich nach dem Wahl ausschuss für die Bürgermeisterwahl konstituieren.
WEP Erwerb von Geschäftsanteilen an der WEP Kommunalholding GmbH	Beschlussempfehlung an die Ratsversammlung über den Erwerb von Geschäftsanteilen an der neuen WEP Holding GmbH mit dem gleichzeitigen Auftrag an den	16.11.2015 TOP 9	Rat 15.12.2015	Der Hauptausschuss hat mit erheblichen Bedenken gegen die neue WEP Kommunalholding GmbH der Verwaltungsvorlage zugestimmt. Die Zustimmung der Ratsversammlung steht noch aus. Die Ratsversammlung hat ebenfalls zugestimmt und hinsichtlich der Bedenken der Beschlussempfehlung des Hauptausschusses angeschlossen. Diese wurden dem Kreistag

<i>Schlagwort</i>	<i>Beschluss zum Tagesordnungspunkt/Thema</i>	<i>beraten am</i>	<i>Beteiligung anderer Gremien</i>	<i>Stand des Verfahrens/Beschlussumsetzung</i>
	Bürgermeister, dem Landrat bzw. dem Kreistag die erheblichen Bedenken des neuen Konstruktes der Wirtschaftsförderung im Kreis Pinneberg mitzuteilen.			Pinneberg über den Landrat schriftlich mitgeteilt. Es erfolgte bislang erwartungsgemäß keine Reaktion. Kein neuer Sachstand. Der Kreis Pinneberg hat vom Innenministerium noch keine Genehmigung für die Gründung der Kommunalholding erhalten. Kein neuer Sachstand. Laut Auskunft des Landrates kann demnächst zur ersten Gesellschafterversammlung eingeladen werden.